

Delegiertenversammlung des Föderativverbandes des Bundespersonals in Bern.

## **Wachsamkeit bleibt weiter angezeigt**

Die Zeichen hätten eine Zeitlang auf Sturm gestanden, erklärte vor den Delegierten des Föderativverbandes dessen Präsident, Nationalrat Georges Eggenberger im Berner Rathaus. Heute habe sich die Lage etwas entspannt, nachdem die nationalrätliche Kommission mit grosser Mehrheit beschlossen habe, das Inkrafttreten des Besoldungspaketes nicht auf 1992 zu verschieben. Aber Wachsamkeit sei weiterhin angezeigt.

Der Föderativverband des Personals öffentlicher Verwaltungen und Betriebe hat nach dem klaren Entscheid der vorberatenden Kommission des Nationalrates die angekündigten Kampfmassnahmen sistiert und wird die vorbereitenden dezentralen Kundgebungen nicht durchführen. Sollten, so beschlossen die Delegierten, die eidgenössischen Räte den Zeitpunkt des Inkrafttretens wiederum in Frage stellen oder die Realloohnerhöhung inhaltlich verschlechtern, würden die Demonstrationen aber dennoch durchgeführt und weitere Aktionen, zum Beispiel Protestpausen anberaumt,

Die nun berechnete Hoffnung, das Besoldungspaket werde datungsgerecht auf Mitte des nächsten Jahres lohnwirksam werden, hat die Kampfstimmung im Föderativverband gedämpft, auch wenn der Tagespräsident Martin Keller, Präsident der Sektion Bundespersonal VPOD, die Arbeitssituation vieler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundes mit derjenigen der Fabrikarbeiter des 19. Jahrhunderts verglich, die „damals ohne Rücksicht auf die Gesundheit von den kapitalistischen Fabrikherren bedenkenlos ausgebeutet wurden“.

### **Gegen Flexibilisierung**

In seinem Grundsatzreferat wies Nationalrat Georges Eggenberger daraufhin, dass nicht nur versucht werde, an den materiellen Rechten des Bundespersonals zu sägen, sondern auch die bisher gültigen Prinzipien der Anstellung von öffentlichem Personal in Frage gestellt würden. Unter dem Stichwort „Flexibilisierung“ werde die soziale Sicherheit des öffentlichen Personals attackiert. Nicht nur in einigen Kantonen, auch beim eidgenössischen Personalamt werde mit der De-facto-Aufhebung des Beamtenstatus geliebäugelt. Nicht zu überhören sei auch der Ruf der PTT-Betriebe und auch der eidgenössischen Rüstungsbetriebe nach mehr Autonomie in der Personalpolitik. Wenn sich die Arbeitsbedingungen des öffentlichen Personals nicht immer zeit- und arbeitsmarktgerecht entwickelten, stellte Eggenberger fest, liege dies nicht am Beamtenstatus, sondern am fehlenden politischen Willen der zuständigen Behörden. Der Föderativverband werde jedoch die heutige hohe Arbeitsplatzsicherheit des öffentlichen Personals mit aller Härte verteidigen. Zwar lasse der Föderativverband mit sich über die Frage diskutieren, ob nicht für die Bundesbetriebe - PTT, SBB und Rüstungsbetriebe - eine eigenständige Beamtenordnung angemessen wäre, damit diese Betriebe den besonderen Bedürfnissen angepasste Regelungen treffen könnten. Eine generelle Deregulierung des Beamtenrechts würde jedoch nie akzeptiert werden.

Eggenberger ging in seinem Referat auch auf die Kaufkraftsicherung der gegenwärtigen Löhne ein. Er forderte vom Bundesrat, der eine ergänzende Teuerungszulage für das Jahr 1990 abgelehnt habe, bei der Bemessung der Teuerungszulage ab 1. Januar 1991 eine grosszügige Haltung.

Richard Müller.

SoAZ, 21.11.1990.

Personen > Mueller Richard. Bundespersonal. Loehne. SoAZ, 1990-11-21